

Beginn einer Aktionsreihe

Borreliose-Gruppe: Brief an Daniel Bahr

BRAKE ■ „Es ist, als hätten viele auf eine solche Aktion gewartet“, sagt Anita Hohendorf-Kolbe, Sprecherin der Borreliose-Selbsthilfegruppe im Sulinger Land: Innerhalb kürzester Zeit unterzeichneten 1200 Personen einen offenen Brief an Bundesgesundheitsminister Daniel Bahr zur, aus ihrer Sicht, katastrophalen Versorgungslage von Borreliose-Patienten – und täglich werden es mehr.

Alle Mitglieder der örtlichen Selbsthilfegruppe tragen diese Aktion mit, ein Teil von ihnen hat sich inzwischen dem Aktionsbündnis gegen zeckenübertragene Infektionen Deutschland e. V. angeschlossen, das sich federführend dafür stark macht, dass sich die Politik des „viel zu lange vernachlässigten gesundheitspolitischen Themas“ annimmt.

Das Aktionsbündnis geht von mindestens einer Million Borreliose-Patienten in Deutschland und jährlich bis zu 800 000 Neuerkrankungen aus. Die üblichen, häufig ungenügenden Behandlungsmethoden bedingten den Übergang der Multi-Organ-Krankheit in ein chronisches Stadium mit jahrelangem Leiden. Vor diesem Hintergrund fordern die Unterzeichner, die medizinische Versorgung unter gesundheitspolitischen, sozialpolitischen, wirtschaftspolitischen und medizinischen Aspekten nicht länger zu vernachlässigen.

In der Realität verweigere man Hunderttausenden Borreliose-Patienten in Deutschland die notwendi-

ge medizinische Versorgung, mehr als 30 Jahre nach der Entdeckung des Krankheitserregers gebe es weder eine schützende Impfung noch standardisierte Grundlagen für eine zuverlässige Diagnostik und eine heilende Therapie. Darüber hinaus fehle es an Mitteln für Grundlagenforschung.

Das Aktionsbündnis fordert im Namen aller Betroffenen in Deutschland, dass Lyme-Borreliose Bestandteil der nationalen „Roadmap“ wird, sprich die Implementierung von Borreliose-Forschungsprojekten und Langzeittherapie-Studien, um neue Behandlungsformen zu entwickeln. Ein zentraler Punkt des offenen Briefes ist die Einführung einer bundesweiten Meldepflicht, um Daten über die Verbreitung und Krankheitshäufigkeit zu erhalten. Weitere Forderungen sind die realitätsnahe Aufklärung der breiten Bevölkerung über das Gefahrenpotenzial einer Borrelien-Infektion sowie die Standardisierung und Optimierung der serologischen Tests, um eine rechtzeitige Diagnosestellung im Frühstadium zu erreichen und die Therapieerfolge entsprechend zu verbessern.

Der Offene Brief sei der Beginn einer Aktionsreihe, kündigte Anita Hohendorf-Kolbe an. Unter anderem ist im Mai ein erster weltweiter Protesttag geplant, an dem Betroffene aus 21 Ländern ihre Kräfte bündeln. Der offene Brief soll jetzt am 10. Mai in Berlin an Gesundheitsminister Daniel Bahr übergeben werden.

■ mks